

Peter Krewer, 2008: Geschäfte mit dem Klassenfeind.

Die DDR im innerdeutschen Handel 1949 - 1989

Trier: Kliomedia

Einleitung: Fragestellung und Begriffsdefinitionen

Inhaltsverzeichnis

Quellenverzeichnis

Umschlag: vorn Franz-Josef Strauß (l.) im Gespräch mit dem MfS-Offizier und DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski (r.) auf dem Leipziger Flughafen im Vorfeld der Herbstmesse 1985, © Klaus Mehner, BerlinPressServices.de (mit freundlicher Genehmigung).

hinten Karikatur von Horst Haitzinger zum Milliardenkredit, Unterschrift »Wer besitzt denn die unglaubliche Geschmacklosigkeit, zu behaupten, ich hätte etwas Unkeusches getan!«, © Horst Haitzinger, München (mit freundlicher Genehmigung).

Univ. Diss., Universität Trier, Fachbereich III:

Neuere und Neueste Geschichte

1. Gutachter: Herr Prof. Dr. Lutz Raphael

2. Gutachter: Herr Prof. Dr. Andreas Gestrich

Tag der letzten mündlichen Prüfung: 28.02.2007.

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://www.ddb.de> abrufbar.

© Kliomedia GmbH, Trier
<http://www.kliomedia.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere fürervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung, Einspeicherung bzw. Bearbeitung in elektronischen Systemen.

ISBN 978-3-89890-122-2

Inhalt

A	EINLEITUNG: FRAGESTELLUNG UND BEGRIFFSDEFINITIONEN – ZIELSETZUNG UND ABGRENZUNG – QUELLEN- UND LITERATURLAGE	11
1	Wie kam die Standuhr aus Ostdeutschland ins KaDeWe?	11
2	Politisch-ökonomische Rahmenbedingungen	14
3	Forschungsstand	19
4	Leitfragen	32
5	Quellenlage	33
B	HAUPTTEIL: DER INNERDEUTSCHE HANDEL IM GETEILTEN DEUTSCHLAND (1949–1989)	37
1	Die Etablierung des innerdeutschen Handels nach Gründung zweier deutscher Staaten 1949 bis Ende der 50er Jahre	37
1	Die Frühphase: Der Interzonenhandel (1945–1948) als Ergebnis alliierter Besatzungspolitik	37
1	Bestimmende politische und ökonomische Faktoren	37
1	Das Potsdamer Abkommen (PA): Deutschland betreffende Vereinbarungen	37
2	Demographische Veränderungen, Gebietsabtretungen und Kriegsschäden in der Landwirtschaft	40
3	Negative Einflüsse auf die Industrieproduktion: Reparationen und Kriegszerstörungen in der Industrie	42
4	Die »Nichtaufrechterhaltung« der wirtschaftlichen Einheit in Deutschland und die Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes vom 6.9.1946	43
5	Ökonomische Folgen der Zonentrennung und die Notwendigkeit des Interzonenhandels	46

2	Erste Verträge und ihre Umsetzung: vom deutsch-deutschen Güter- austausch auf Länderebene (1946) bis zum Interzonenabkommen von 1948 (Berliner Abkommen)	47
1	Erste Abkommen zwischen westlichen Zonen und dem von der Sowjetunion besetzten Gebiet	49
2	Das Warenabkommen 1948 (Berliner Abkommen)	53
2	Organisation, Integration und Konfrontation nach Gründung zweier deutscher Staaten (1949–1960/61)	54
1	Vertragliche, rechtliche sowie institutionelle Grundlagen und Han- delsentwicklung	55
1	Das Frankfurter Abkommen vom 11.10.1949	55
1.1	Zur Vorgeschichte des Frankfurter Abkommens: Deutschland betref- fende Ereignisse und Entwicklungen 1948/49	55
1.2	Verhandlungen zum Abschluss des Frankfurter Abkommens	58
1.3	Der Abkommenstext	62
1.4	Die Regelung des Verfahrens für den Warenaustausch zwischen dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Sowjetischen Besatzungszone und dem Ostsektor von Groß-Berlin andererseits zur Durchführung des Abkommens über den Interzonenhandel	65
1.5	Die Umsetzung des Frankfurter Abkommens	68
2	Das Berliner Abkommen vom 20.9.1951	74
2.1	Die Verhandlungen zum Abschluss des Berliner Abkommens	74
2.2	Vertragliche Grundlagen zwischen beiden deutschen Staaten	78
2.3	Rechtliche Grundlagen innerhalb der Bundesrepublik	79
2	Entscheidungsstrukturen und Akteure	82
1	Die DDR: von der Dominanz der Sowjetunion zur Dominanz der SED	82
1.1	Der sowjetische Einfluss	82
1.2	Parteienebene und Staatsebene	83
2	Die BRD – wer hatte das letzte Wort?	84
2.1	Der Einfluss der Alliierten Hohe Kommission	84
2.2	Bundesregierung und Bundeskanzler	85
2.3	Der Einfluss westdeutscher Ministerien und der Landesregierungen	86
2.4	Wirtschaftsakteure	87
3	Interessenvertretungen	88
1	Der Ausschuss zur Förderung des deutschen Handels e. V. und der Ausschuss zur Förderung des Berliner Handels e. V.	88
2	Die Arbeitsgemeinschaft Interzonenhandel	100

4	Entgegengesetzte (ökonomische) Integration beider deutscher Staaten	106
1	Die DDR im RGW: Rhetorik und Realität	106
2	Die Einbeziehung des innerdeutschen Handels in die Europä- ische Wirtschaftsgemeinschaft als <i>conditio sine qua non</i>	110
2.1	Das Spannungsverhältnis zwischen Wiedervereinigung und west- europäischer Integration	110
2.2	Das Protokoll über den innerdeutschen Handel und die damit zu- sammenhängenden Fragen als Bestandteil des EWG-Vertrages	113
2.3	Die DDR als »Mitglied der EWG«?	116
5	Handel und Krisen	119
1	Das Trauma der SED-Herrschaft: der 17. Juni 1953	119
2	Die Kündigung des Berliner Abkommens 1960	121
3	Der Beginn des Mauerbaus am 13.8.61	126
2	Vom Abbau der Konfrontation zur verstärkten Kooperation: Handel und handelsrelevante Entwicklungen im Zeitraum 1961–1972/73	128
1	Die Deutschland- und Handelspolitik westdeutscher Regierungen nach dem Mauerbau	128
1	Erste Abweichungen von der restriktiven Deutschland- und Han- delspolitik während der Kanzlerschaft Konrad Adenauers und Lud- wig Erhards bis 1966	128
2	Fördermaßnahmen der Großen Koalition und der sozial-liberalen Koalition – Abgrenzungspolitik der DDR	131
2	Von Ulbrichts Versuchen, die Produktivität der DDR-Planwirtschaft zu steigern zu Honeckers Konsumpolitik	136
1	Die »Aktion Störfreimachung«	136
2	Das neue ökonomische System der Planung und Lenkung	148
3	Die Gründung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung 1966	154
4	Die Geheimdissemination Schalck-Golodkowski 1970: monetäre Ef- fizienz contra Ideologie	163
5	Der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker 1971	176
3	Grundlagenvertrag (1972): Kontinuität des Berliner Abkommens und Entwicklung neuer Formen des Handels	183
3	Der Bereich KoKo und das MfS im idH vom Anfang der 70er Jahre bis 1989: Handel und Devisenwirtschaftung ohne ideologische Bedenken?	185
1	Befugnisweiterung für KoKo und seinen Leiter Schalck-Golod- kowski	185

2	Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und das Ministerium für Staatssicherheit	194
3	Unternehmen, Handelsbereiche und Methoden des Bereichs KoKo	195
1	Partefirmen, MFS-Firmen, Außenhandelsbetriebe, Vertretergesellschaften und das System der Zwangsprovisionen	196
2	Der Handel mit Textilien, Agrarprodukten und Möbeln	209
3	Pecunia non olet: der Handel mit Müll	216
4	Der Handel mit Kunst und Antiquitäten	227
1	Der staatliche Kunsthandel	229
2	Die Kulturschutzkommission	232
3	Die Zusammenarbeit der Kulturschutzkommission mit der Kunst und Antiquitäten GmbH	233
4	Beschaffung von Kunstgegenständen im Rahmen von Steuerverfahren	235
5	Das Verhalten westdeutscher Behörden und Händler	239
5	Gestattungsproduktion	240
6	Das Embargo und der verbotene Handel	250
1	Ursachen und Motive	250
2	Die Zusammenarbeit des Bereichs Kommerzielle Koordinierung mit dem MFS und seinen »Beschaffungsorganen«	258
3	Lieferungen aus der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland	264
4	Die Versorgung der Prominentensiedlung Wandlitz	271
5	Überlegungen zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Aktivitäten des Bereichs KoKo im idH	279
4	Kontinuität während Kohls Kanzlerschaft: der Handel nach der Wende 1982	286
C	SCHLUSSTEIL	295
	Quellen- und Literaturverzeichnis	307
	Ungedruckte Quellen, Bestände	307
	Gedruckte Quellen	309
	Forschungs- und Memoirenliteratur	313
	Abkürzungsverzeichnis	323
	Entwicklung des Warenverkehrs	327
	Register	329

Vorwort

... *per aspera ad astra*
(*Seneca, 1. 65 n. Chr.*)

Die vorliegende Studie wurde im Wintersemester 2006/07 vom Fachbereich III der Universität Trier als Dissertation angenommen.

Es bleibt die angenehme Pflicht, den Menschen zu danken, die auf verschiedene Weise zur Verwirklichung der Arbeit beigetragen haben. Danken möchte ich Herrn Professor Dr. Lutz Raphael für Unterstützung und Förderung. Ferner gilt mein Dank Herrn Professor Dr. Andreas Gestrich, der die Mühe des Zweitgutachtens auf sich genommen hat. Herrn PD Dr. Norbert Franz bin ich für so manchen Rat dankbar. Danken möchte ich auch den Teilnehmern des PROMT-Berichtskolloquiums sowie des Arbeitskreises Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Trier für hilfreiche Anmerkungen.

Mein Dank gilt ebenso Herrn Michael Weins, M. A., für Korrekturlesen und wertvolle Hinweise sowie Frau Gertrud Esch, M. A., für Kritik und weiterführende Anregungen.

Abschließend danke ich meiner Familie und Freunden für Geduld und Unterstützung.

Saarlburg-Kahren, im Herbst 2007

Peter Krewer

A Einleitung

Fragestellung und Begriffsdefinitionen – Zielsetzung und Abgrenzung – Quellen- und Literaturlage

1 Wie kam die Standuhr aus Ostdeutschland ins KaDeWe?

Beim Bummel durch das KaDeWe¹ entdeckt die Frau des »freigekauften« DDR-Häftlings² Werner Schwarz eine antike Standuhr aus ihrem Familienbesitz, die dort zum Preis von 34 000 DM angeboten wird. Sie stammte aus der umfangreichen Kunst- und Antiquitätensammlung ihres Mannes. DDR-Behörden hatten diese Anfang der achtziger Jahre beschlagnahmt. Warum und mit welcher Begründung erfolgte die Beschlagnahme? Wie war die Uhr aus Ostdeutschland in das Westberliner Kaufhaus gelangt? Der Kunstrestaurator und ehrenamtliche Denkmalpfleger³ Werner Schwarz war 1983 von der Bundesrepublik »freigekauft worden«. Er klagte nach der oben geschilderten Entdeckung auf Herausgabe seiner Standuhr. Das Kammergericht⁴ Berlin (West) entschied, dass die Beschlagnahme durch DDR-Behörden unter rechtswidrigen Umständen erfolgt sei und verfügte die Rückgabe an Schwarz als den rechtmäßigen Besitzer.

¹ Der Tagesspiegel, Berliner Teil vom 15.12.1986, BStU AG BKK 32, Bl. 17.

² Vermerk des BMWi-IV 1-28 79 01/2 vom 15. Januar 1987 zum Urteil des Kammergerichts Berlin im Fall Werner Schwarz, Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/4970): Zweite Ergänzung dritten Teilbericht vom 12.5.1993, (im Folgenden zitiert als: Zweite Ergänzung zum dritten Teilbericht, BT-Drucksache 12/4970), Dokument 1a, S. 27–30, hier S. 28.

³ Günter Blutke: Obskure Geschäfte mit Kunst und Antiquitäten. Ein Kriminalreport, Berlin 1990, S. 77.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.1.1988. Anlage 2 zum Vermerk des BMWi vom 15. Januar 1987 zum Urteil des Kammergerichts Berlin im Fall Schwarz, Zweite Ergänzung zum dritten Teilbericht, BT-Drucksache 12/4970, Dokument 1a Anlage 2, S. 31–32.

Nach Ansicht des Westberliner Gerichts⁵ war in der DDR das Steuerverfahren eingeleitet worden, um den Kunstrestaurator um seine Antiquitätensammlung zu bringen. Demnach sei die DDR unrechtmäßig in den Besitz der Uhr gelangt.

Während des Verfahrens vor dem Kammergericht kamen folgende Hintergründe ans Licht: Ein Staatsanwalt, Beamte des Finanzamtes und der Steuerfahndung sowie Beauftragte vom VEB Antikhandel in Pirna hatten sich am 8. Dezember 1981 unter dem Vorwand⁶, die Wasseruhr auswechseln zu wollen, Einlass in das Haus von Werner Schwarz in Rathenow (DDR) verschafft. In einer Liste erfassen sie die Antiquitäten des Kunstrestaurators mit insgesamt 1774 Positionen und einem Wert von 1.444.170 Mark (Ost). Die Standuhr veranschlagte man dabei mit einem Wert von 15.000 Mark (Ost)⁷.

Werner Schwarz wurde wegen Steuerverkürzung verhaftet. Der Wert der Antiquitäten – der Restaurator hatte die Einzelstücke erworben und ihren Wert durch seine Arbeit gesteigert – wurde nach einer später erfolgten Festlegung der DDR-Behörden von anfangs 150.000 Mark (Ost) im Jahre 1972 auf 2.040.118 Mark (Ost)⁸ 1981 gesteigert.

Da der Wert entgegen den Gewinnermittlungsvorschriften der §§ 4 Abs. 1, 6 Abs. 2 EStG-DDR berechnet worden war, betrug die Einkommensteuer-Nach-

⁵ Ebd., S. 32. Die juristischen und fiskalischen Hintergründe des Falls Schwarz werden hier nur kurz dargestellt.

⁶ Diese Angaben beruhen auf dem Vermerk des BMWi vom 15.01.1987. Vgl. ebd., S. 28.

⁷ Diese Uhr wurde am 12.10.1984 aus der DDR zum Preis von 17.250 VE = DM (West) an die Firma Antik-Shop, Antiquitäten-Galerie GmbH, Paulsbernde Str. 2, Berlin – West 31, verkauft. Vgl. Stellungnahme zu einer Veröffentlichung im »Lagesspiegel«, Berlin West, vom 15.12.1986. Sie ist von Joachim Farken, Generaldirektor der Kunst- und Antiquitäten GmbH, unterzeichnet, BStU AG BKK 32, Bl. 11 f. Das Unternehmen hatte seinen Sitz in der DDR, war KoKo unterstellt und für den Export und Import von Antiquitäten zuständig. Vgl. dazu Kapitel B.3.4 Der Handel mit Kunst und Antiquitäten (S. 227 ff.).

⁸ Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/4500): Dritter Teilbericht über die Praktiken des Bereichs Kommerzielle Koordinierung bei der Beschaffung und Verwertung von Kunstgegenständen und Antiquitäten vom 3.3.1993, (im Folgenden zitiert als: Dritter Teilbericht, BT-Drucksache 12/4500), S. 45 f. Dieser Teilbericht wurde inhaltlich nicht von allen Fraktionen, sondern nur von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP getragen. Vgl. dazu Zweite Ergänzung zum dritten Teilbericht, BT-Drucksache, 12/4970, S. 4. Im Gegensatz dazu wurde im o. g. Vermerk des BMWi (15.01.1987) davon ausgegangen, dass ostdeutsche Behörden ihrer Steuerforderung eine Steigerung des Werts der Antiquitäten von 150.000 Mark (Ost) im Jahre 1972 auf 1.972.000 Mark (Ost) im Jahre 1981 zugrunde legten. Wir konnten nicht herausfinden, wie die Differenz zustande kam; vgl. ebd., S. 28.

¹ Wie kam die Standuhr aus Ostdeutschland ins KaDeWe?

zahlung 1215.995 Mark. Eine Gewinnermittlung gemäß §§ 4 Abs. 1, 6 Abs. 2 EStG-DDR hätte bei ordnungsgemäßer Berechnung eine Einkommensteuernachzahlung von 42.208 Mark ergeben. Der Untersuchungsausschuss hielt fest, dass die Steuerbehörden der DDR nur durch einen »eindeutigen Verstoß gegen die Gewinnermittlungsvorschriften der §§ 4 Abs. 1, 6 Abs. 2 EStG-DDR [...] zu einer um ca. 3.000 % überhöhten Steuerforderung⁹ gelangen konnten.

Zur Befriedigung dieser fiskalischen Forderungen wurden die Antiquitäten des ehemaligen DDR-Bürgers an die dem Bereich »Kommerzielle Koordinierung« unter Leitung von Alexander Schalck-Golodkowski unterstellte Firma Kunst- und Antiquitäten GmbH überstellt. Diese DDR-Firma verkaufte die Uhr dann nach Westdeutschland. Der DDR-Bürger wurde später von der Bundesrepublik freigekauft: doppelter Erlös für die SED-Diktatur.¹⁰

Beim Vorgehen gegenüber dem Kunstrestaurator aus Rathenow können zunächst zwei grundlegende Handlungsmerkmale ostdeutscher Akteure im innerdeutschen Handel aufgezeigt werden: Zum einen waren sie an der Nutzung des innerdeutschen Handels zwecks Erzielung von Exporterlösen offensichtlich stark interessiert. Dies ist eigentlich nichts Außergewöhnliches. Aber da gibt es noch eine Besonderheit: Hier entzog der ostdeutsche Staat einem Bürger seines Landes unter dubiosen Umständen Antiquitäten aus seinem Privatbesitz, um sie später an den »kapitalistischen Klassenfeind« zu verkaufen. Agierten die DDR-Akteure im innerdeutschen Handel demnach nach der Maxime: Erwirtschaftung von Exporterlösen ohne ideologische Grundsätze und um jeden Preis?

Die skizzierte Handlungsweise von DDR-Akteuren im Fall Schwarz stammt aus einem Teilbereich des innerdeutschen Handels: der Ausfuhr ostdeutscher Kunst und Antiquitäten in die BRD Anfang der 80er Jahre. Dieser Zeitraum kann in der Retrospektive als (frühe) politische Endphase des SED-Regimes mit ausgeprägten ökonomischen und staatsfiskalischen Verfallserscheinungen¹¹ charakterisiert werden. Angesichts dieser Konstellationen stellen wir die Frage, ob das Vorgehen der

⁹ Dritter Teilbericht, BT-Drucksache 12/4500, S. 46.

¹⁰ Zur DDR als totalitärem Staat vgl. Klaus Schroeder: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990, München – Wien 1998, S. 632 ff. Siehe auch Rainer Eppelmann: Die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 401–406.

¹¹ Die Milliardenkredite der BRD aus den Jahren 1982 und 1983 retteten die DDR vor der internationalen Zahlungsunfähigkeit. Vgl. dazu Kapitel B.4 Kontinuität während Kohls Kanzlerschaft: der Handel nach der Wende 1982 (S. 286 ff.).

Akteure als singular oder als symptomatisch bezeichnet werden kann. Handelte es sich also um Einzelercheinungen oder muss hier generalisiert werden?

2 Politisch-ökonomische Rahmenbedingungen

Um diese einleitende Frage zu einem Leitfragenkomplex weiterzuentwickeln, wollen wir zunächst einen Blick auf grundlegende politisch-ökonomische Rahmenbedingungen des innerdeutschen Handels werfen:

Bereits in der frühen Nachkriegsphase begann der Kalte Krieg. Die Gegensätze dieses ideologisch und machtpolitisch motivierten Konflikts spiegeln sich u. a. in der Sprache wider. Das betraf auch den ökonomischen Bereich. Wer sich mit den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten im Zeitraum 1949–1989 beschäftigt, stößt in den Quellen, der damaligen öffentlichen Sprache sowie der Literatur auf ein umfangreiches Begriffsfeld¹². Dies hängt nicht zuletzt mit dem ausgeprägt politischen Charakter dieser komplexen Wirtschaftsbeziehungen zusammen. Bei der Begriffsklärung können zwei Ebenen unterschieden werden: die deutschlandpolitische Ebene und die ökonomische Ebene.

Von 1945/46 bis 1949 vollzog sich in Deutschland ein Warenaustausch zwischen den von der UdSSR und den Westalliierten geschaffenen Besatzungszonen. Dieser wurde allgemein Interzonenhandel¹³ genannt. Nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR im Mai bzw. Oktober 1949 existierten in Deutschland keine Zonen mehr, sondern zwei deutsche Staaten.

Bereits in seiner ersten Regierungserklärung am 21.10.1949 bezeichnete Konrad Adenauer die Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Wahlen zum ersten Bundestag »bis zur Erreichung der deutschen Einheit« [...] als »die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes«¹⁴. Adenauer ging davon aus,

¹² Gemeint sind an dieser Stelle unterschiedliche Begriffe/Bezeichnungen, die den Austausch von Waren und Dienstleistungen bezeichnen. So finden sich dafür in der öffentlichen Sprache, in den Quellen sowie der Literatur der BRD und der DDR u. a. folgende Begriffe: *Interzonenhandel*, *innerdeutscher Handel*, *Handel mit der sowjetischen Besatzungszone*, *Handel mit dem Klassenfeind*, *deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen*, *deutsch-deutscher Gütertausch*, *Handel mit der BRD bzw. DDR*, *paraökonomische Beziehungen*.

¹³ Vgl. dazu Kapitel B.1.1.1.1 Potsdamer Abkommen (PA): Deutschland betreffende Vereinbarungen (S. 37 ff.).

¹⁴ Verhandlungen des Deutschen Bundestages 1949–1953, Stenogr. Berichte, Bd. 1 (13. Sitzung vom 21.10.1949), S. 308.

dass es in Ostdeutschland »keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung«¹⁵ gab. Die Bundesregierung bildete demnach die alleinige rechtmäßige deutsche Regierung. Der erste Bundeskanzler betonte den Alleinvertretungsanspruch¹⁶ der BRD und leitete daraus auch die Nichtanerkennung der DDR und deren Regierung ab. Daher wurde in der öffentlichen Sprache der Bundesrepublik von 1949 bis Ende der 60er Jahre die DDR als Sowjetzone und der Handel mit dieser in anachronistischer und kontraktaktischer Weise als Interzonenhandel bezeichnet. Somit fand 1949 ein Bedeutungswandel in der öffentlichen Sprache der BRD statt: Der Begriff *Interzonenhandel* wurde zum Synonym für die Nichtanerkennung der DDR.

Die SED-Regierung bemühte sich dagegen um Anerkennung der DDR und sprach vom innerdeutschen Handel.

Um die deutschlandpolitisch motivierte Anerkennungs- und Benennungsproblematik zu umgehen, gebrauchte man die Bezeichnungen »Währungsgebiete der DM-Ost« und »Währungsgebiete der DM-West«¹⁷. Die Verwendung staatspolitischer Begriffe und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR wurde somit vermieden.

Unter dem Einfluss der Neuen Ostpolitik und dem »Wandel durch Annäherung« erfolgte in der öffentlichen Sprache¹⁸ der Bundesrepublik ab 1967 allmählich eine Umbenennung: Dort tauchte nun immer häufiger der ostdeutsche Begriff *Innerdeutscher Handel*¹⁹ auf.

Den Machthabern in der DDR ging diese Annäherung offensichtlich zu weit. Deshalb wurde 1973 das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Han-

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Abgeleitet vom Alleinvertretungsanspruch wurde die 1955 entstandene Hallsteindoktrin, derzufolge es die Bundesregierung als unfreundlichen Akt ansah, wenn andere Regierungen nicht nur mit der Bundesrepublik, sondern auch mit der »SBZ« oder »Pankow«, so bezeichnete man während der 50er und 60er Jahre in der Bundesrepublik die SED-Regierungen, Beziehungen aufnahmen. Vgl. zu Entstehung und Bedeutung: Werner Kilian: Die Hallstein-Doktrin: der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973 (Zeithistorische Forschungen; Bd. 7), Berlin 2001.

¹⁷ Abkommen über den Interzonenhandel 1949/50 (Frankfurter Abkommen), Bundesanzeiger Nr. 8 vom 11.10.1949, S. 1. Vgl. auch Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) [...] (Berliner Abkommen) in der Fassung der Vereinbarung vom 16. August 1960, in: Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 32 vom 15. Februar 1961, S. 1.

¹⁸ Vgl. Horst Lambrecht: Politischer Handel? Der Warenaustausch zwischen Bundesrepublik und DDR, in: Der Monat 20. Jahrgang (1968), Heft 236, S. 28–37.

¹⁹ Wir verwenden diese von beiden Regierungen aus deutschlandpolitischen Gründen verwendete Bezeichnung in unserer Darstellung.

del (MAI) in Ministerium für Außenwirtschaft (MAW) umbenannt. Man sprach dort nun vermehrt von Außenhandelsbeziehungen oder von Außenwirtschaftsbeziehungen²⁰ zur BRD.

Unsere bisherigen Ausführungen zu den Begriffen *IZlidH* belegen, dass diese sehr stark deutschlandpolitisch konnotiert waren; deshalb soll nun die Betrachtung der ökonomischen Ebene weitere Aufschlüsse bringen.

Deren Analyse zeigt, dass bis 1949 Handel zwischen den westlichen Zonen²¹ und der sowjetischen Besatzungszone getrieben wurde: der Interzonenhandel. Danach fand ein Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen zwei deutschen Staaten statt.

Der politisch konnotierte Begriff *innerdeutscher Handel* bezeichnet den Austausch von Waren und Dienstleistungen im Rahmen des Frankfurter Abkommens (1949) und des Berliner Abkommens (1951/1960)²². Er entspricht deshalb inhaltlich dem Begriff *deutsch-deutsche Handelsbeziehungen*. Der Begriff *deutsche Wirtschaftszusammenarbeit* schließt darüber hinaus auch ökonomische Aktivitäten mit ein, die außerhalb des Berliner Abkommens abgewickelt wurden, die sogenannten paraökonomischen Beziehungen²³.

Die Analyse dieser Beziehungen würde den Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit sprengen. Sie werden daher hier nur kurz skizziert und im Verlauf der Analyse nur dann thematisiert, wenn sie den innerdeutschen Handel unmittelbar betreffen.

²⁰ Vorläufer des MAI waren die Hauptverwaltungen Materialversorgung sowie Interzonen- und Außenhandel der Deutschen Wirtschaftskommission. Das MAI fungierte von 1950 bis 1967 unter dieser Bezeichnung, nachfolgend bis Ende 1973 als Ministerium für Außenwirtschaft (MAW) und anschließend als Ministerium für Außenhandel (MAH). Die Bezeichnung dieses Ministeriums in seinen Anfangsjahren differiert in der Literatur. Vgl. dazu Jana Wüstenhagen: »Blick durch den Vorhang«: Die SBZ/DDR und die Integration Westeuropas (1946–1972) (Nomos Universitätschriften Geschichte; Bd. 13), Baden-Baden 2000, S. 84 f. und S. 254 ff. Vgl. auch Gerhard Wilhelm Kuhnle: Die Bedeutung der Vorteile der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen für die DDR. Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung paraökonomischer Aspekte, Frankf. am Main, Univ., Diss. 1993.

²¹ Der Handel zwischen den westlichen Zonen im Zeitraum von 1945/46–1949 wird hier nicht thematisiert.

²² Zu diesen Abkommen vgl. Kapitel B.1.2.1.1 (S. 55 ff.) sowie B.1.2.1.2 (S. 74 ff.).

²³ Diesen Begriff haben wir von Volze übernommen. Vgl. dazu Armin Volze: Zu den Besonderheiten der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, in: Deutsche Studien (Ost-Akademie-Lüneburg, Sonderdruck 1983), S. 1–17, hier S. 9 f.

Zu den paraökonomischen Beziehungen zählen wir ausgehend von der Kategorisierung Ashs²⁴:

1 Transfers von Staat zu Staat

a Hierzu gehören die Zahlungen für den Freikauf²⁵ (sog. Kirchengeschäft B) in der DDR inhaftierter politischer Gefangener durch die Regierung der Bundesrepublik. Der Preis²⁶ pro freigekaufter Person betrug 40 000 DM und wurde 1977 auf 95 847 DM erhöht.

b Der Transitverkehr von und nach Berlin (West) wurde durch Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 und das Transitabkommen zwischen beiden deutschen Staaten vom 21. Dezember 1971 wesentlich erleichtert.

Bis 1970 hatte Ostdeutschland die Gebühren und Abgaben individuell erhoben. In den folgenden Jahren zahlte die Bundesregierung feste Beträge an Ostdeutschland. Die jährliche Pauschale²⁷ wurde von 234,9 Mio. DM (1972–1975) auf 400 Mio. DM (1976–1979) und dann auf 525 Mio. DM (1980–1989) erhöht.

c Investitionen²⁸ in die Straßen-, Schienen-, und Wasserverbindungen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin.

²⁴ Timothy G. Ash: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München – Wien 1993, S. 229 ff. Vgl. auch Armin Volze: Innerdeutsche Transfers, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/3 Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 276 ff.; der wohl neueste Beitrag dazu stammt von Michael Kruse: Politik und deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen von 1945 bis 1989 (Schriftenreihe Wirtschaftswissenschaften; Bd. 23), Berlin 2005.

²⁵ Zur Vorgeschichte, Entwicklung, Beteiligung des Bereichs Kommerzielle Koordination etc. vgl. Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/7600): Bericht vom 27.5.1994, (im Folgenden zitiert als: Bericht, BT-Drucksache 12/7600), S. 305 ff. Vgl. dazu auch Ludwig Rehlinger: Freikauf: die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1961–1989, Frankfurt/M. 1991.

²⁶ Bericht, BT-Drucksache 12/7600, S. 309. Neben dem von der Bundesregierung bezahlten Freikauf von Gefangenen gab es auch einen privat organisierten Häftlingsfreikauf unter Einschaltung des Rechtsanwalts von Wedel, ebd., S. 312.

²⁷ Armin Volze: Besonderheiten, S. 5. Vgl. auch Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Deutscher Bundestag, Drucksache 11/11 vom 18. Februar 1987, S. 634.

²⁸ Timothy G. Ash: Im Namen Europas, S. 229.

d Kreditbeziehungen²⁹

Wirtschaftslage³⁰ und West-Verschuldung der DDR hatten sich Ende der 70er, Anfang der 80er drastisch verschlechtert. Die 1983 und 1984 gegebenen Finanzkredite von 1 Mrd. DM und 950 Mio. DM mit Garantie der Bundesregierung trugen entscheidend dazu bei, die internationale Zahlungsfähigkeit und Bonität der DDR zu sichern.

2 Visagebühren und Mindestumtausch für westliche Besucher

Ash bezeichnet diese Einnahmen der DDR als »Zwischenkategorie«³¹ zwischen den staatlichen und den privaten Transfers in die DDR.

3 Private Transfers in die DDR

Geld- und Warengeschenke im Rahmen des nichtkommerziellen Warenverkehrs.³²

Die Genex-Geschenkdienst GmbH³³ mit Sitz in Berlin (Ost) bot seit ihrer Gründung durch die SED im Jahre 1956 Menschen in der DDR die Möglichkeit, Waren zu bekommen, an denen in der Ostdeutschland Mangel bestand. Der Geschenkdienst war dem Zentralkomitee der SED, Abteilung Finanzverwaltung und Parteiletriebe, unterstellt. Wirtschaftlich wurde er jedoch vom Bereich Kommerzielle Koordinierung geleitet. Genex brachte jedes Jahr einen Katalog heraus, aus dem Interessenten im Westen Waren für Privatpersonen bestellen konnten.

Zu den privaten Transfers in die DDR zählen auch die Pakete und Päckchen³⁴, die von Privatpersonen in der BRD an Privatpersonen in der DDR ge-

²⁹ Hiermit ist nicht der zinslose Überziehungskredit Swing gemeint, den die Bundesrepublik im Rahmen des Berliner Abkommens der DDR gewährte.

³⁰ Zu den Ursachen dieser Entwicklung und der Verweigerung von Wirtschaftshilfe durch die Sowjetunion vgl. Jörg Roessler: Der Einfluss der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR-Bundesrepublik, in: DA 5 (1993), S. 558–572, hier S. 559–562.

³¹ Ebd., S. 228. Vgl. dazu auch Kuhnle: Vorteile der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, S. 129 ff. sowie Armin Volze: Besonderheiten, S. 6.

³² Kuhnle zählt dazu die Warentransfers durch Paket- und Päckchensendungen oder durch direkt übergebene Geschenke sowie die Warentransfers durch staatliche Handelsorganisationen, vgl. Gerhard W. Kuhnle: Vorteile der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, S. 122 ff. Vgl. auch Timothy G. Ash: Im Namen Europas, S. 227.

³³ Bericht, BT-Drucksache 12/7600, S. 248 ff. Zum Genexsortiment, Umsätzen, politischen Bedenken und Intershops vgl. auch Armin Volze: Die Devisengeschäfte der DDR. Genex und Intershops, in: DA 11 (1991), S. 1145 ff.

³⁴ Werner Gumpel: Der innerdeutsche Handel in seinen politischen und ökonomischen Auswirkungen, in: Erik Boettcher (Hrsg.): Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten, Stuttgart u. a. 1971, S. 78–94, hier S. 92.

schickt oder selbst überbracht wurden und nicht unerheblich zur Konsumgüterversorgung der DDR-Bevölkerung beitrugen. Die Postpauschale³⁵ für Mehrleistungen der DDR im Postverkehr wurden im Rahmen des innerdeutschen Handels in Verrechnungseinheiten (VE) abgerechnet.

4 Kirchengeschäfte A und C

Darunter sind Warenlieferungen der evangelischen Kirche³⁶ (das sogenannte Kirchengeschäft A bzw. »A-Geschäft«) gemeint. Dabei transferierte die EKD, genauer das Diakonische Werk, seit Mitte der 50er Jahre Waren in die DDR. Als Gegenleistung bekamen die evangelischen Kirchen in Ostdeutschland den entsprechenden Gegenwert in Mark der DDR auf ein Konto zur freien Verwendung gutgeschrieben. Im Rahmen des Kirchengeschäfts C (»C-Geschäft«) lieferte die katholische Kirche³⁷ in der Bundesrepublik nach dem Muster des sog. »A-Geschäfts« Waren nach Ostdeutschland, deren Gegenwert der katholischen Kirche in der DDR vergütet wurde. Für die kommerzielle Abwicklung der sogenannten Kirchengeschäfte war auf Seiten der DDR das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und ab 1966 der Bereich Kommerzielle Koordinierung³⁸ verantwortlich.

3 Forschungsstand

Das Ende der SED-Diktatur bedeutete eine Zäsur für die DDR-Forschung³⁹: Bei der Analyse des Forschungsstandes zum idH ist es deshalb notwendig, folgende

³⁵ Diese Postausgleichszahlungen für die Mehrleistungen der DDR im Postverkehr betrugen bis 1977 jährlich 30 Mio. DM und von 1978 bis 1982 jeweils 85 Mio. DM. BRD und DDR vereinbarten für die Jahre 1983 bis 1990 jährlich 200 Mio. DM. Vgl. Materialien zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987: Deutscher Bundestag, Drucksache 11/11 vom 18. Februar 1987, S. 634.

³⁶ Bericht, BT-Drucksache 12/7600, S. 293 f., S. 295 f.

³⁷ Ebd., S. 303.

³⁸ Ebd., S. 293 f.

³⁹ Vgl. dazu den Beitrag von Mary Fulbrook: DDR-Forschung bis 1989/90, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 363–370. Fulbrooks Beitrag kann als kritisch und ausgewogen bezeichnet werden, da sie Abhängigkeiten und Einseitigkeiten sowohl der ostdeutschen als auch der westdeutschen Verfasser thematisiert und sich dadurch gegenüber früheren Beiträgen, welche sich eher einseitig-kritisch gegenüber der DDR-Forschung in der DDR äußerten, abhebt. Zur DDR-Forschung: Forschungseinrichtungen, Methoden und Themen seit dem Ende der SED-

grundlegende Differenzierung vorzunehmen: Beiträge, die bis 1989 entstanden und Beiträge, die nach dem Ende der SED-Diktatur verfasst wurden.

Die in der DDR bis 1989 verfassten Forschungsbeiträge zum Handel mit der BRD stammen ausnahmslos aus der Feder SED-ergebener Autoren; ihre Aufgabe bestand darin, die SED, ihre Ideologie und Politik zu rechtfertigen und den »Klassenfeind« BRD zu kritisieren. Der bedeutendste ostdeutsche Historiker zum idH ist Detlef Nakath⁴⁰. Seine Beiträge über den Handel zwischen beiden deutschen Staaten sind stark beeinflusst von der marxistisch-leninistischen Ideologie und der SED-Position gegenüber der BRD. Ihnen zufolge wurde von den »imperialistischen Staaten« ein »Wirtschaftskrieg« gegen die sozialistischen Staaten initiiert. Nakath warf der BRD-Regierung »imperialistische Störmanöver« vor, wie Sabotageakte, Spionage, Abwerbung und Menschenhandel, Währungsspekulationen, Dumping, Schiebertum. Hinter diesen Aktionen stand Nakath⁴¹ zufolge das Ziel, Entwicklungsrückstände in der ostdeutschen Ökonomie zu vergrößern und ökonomisches Chaos zu schaffen.

Die in Westdeutschland bis 1989 entstandenen Arbeiten wurden in erster Linie von Journalisten, Juristen, Mitarbeitern wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute sowie Mitarbeitern der Treuhandstelle für den Interzonenhandel verfasst. Sie informierten die Öffentlichkeit über grundlegende Entwicklungen und Ereignisse.

Diese Verfasser hatten kaum Quellenzugang oder sie unterlagen der Geheimhaltungspflicht. Ihre Informationsgrundlagen bildeten in erster Linie amtliche Statistiken, Insiderwissen, Texte von Abkommen, Veröffentlichungen der Bundesregierung sowie Zeitungsartikel. Deshalb konnten grundlegende Aspekte des Handels, wie z. B. Akteure und Entscheidungsstrukturen in der DDR oder in der BRD, Verhandlungsabsprachen MAI-TSI und der Einfluss des Bereichs »Kommerzielle Koordinierung«, kaum oder überhaupt nicht thematisiert werden.

Diktatur vgl. Klaus-Dieter Henke: DDR-Forschung seit 1990, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 371–376.

⁴⁰ Detlef Nakath: Die Gestaltung der Außenhandelstätigkeit des imperialistischen Wirtschaftskrieges der BRD gegen die DDR in den Jahren 1955–1961, Berlin (Ost), Univ. Diss. 1981, S. XVI–XVII sowie ders./Siegfried Prokop: Der imperialistische Wirtschaftskrieg gegen die DDR 1947 bis Ende der sechziger Jahre, in: ZfG 29 (1981), S. 326–338. Vgl. auch Jörg Roesler: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978.

⁴¹ Ders.: Gestaltung der Außenhandelstätigkeit des imperialistischen Wirtschaftskrieges, S. VIII.

Dennoch enthalten diese in Westdeutschland bis 1990 entstandenen systemkritischen oder technokratischen Studien zum Teil grundlegende Informationen, die der gegenwärtigen Forschung dienlich sein können.

Noch im Glauben an eine mittelfristig mögliche Wiedervereinigung analysierten in der ersten Hälfte der 50er Jahre Federau⁴², Dahlmann⁴³ und Gleitze⁴⁴ die Anfänge des Interzonenhandels und die Folgen der Zonentrennung für die Effizienz des industriellen Potentials in verschiedenen ost- und westdeutschen Produktionsstandorten. Dabei lautete der Grundtenor, dass der Handel sinnvoll sei und dass die Zonentrennung von der westdeutschen Wirtschaft besser verkraftet werde als von der ostdeutschen Planwirtschaft.

Die herausragende Rolle der politischen Komponente als Bestimmungsgrund des Waren- und Dienstleistungsaustauschs zwischen beiden deutschen Staaten betonten Kupper⁴⁵ und Lambrecht.⁴⁶

Einen fundierten Überblick über rechtliche und vertragliche Grundlagen des Handels zwischen beiden deutschen Staaten lieferten Kleindienst⁴⁷, Kupper⁴⁸ und Ollig⁴⁹. Aus diesen Beiträgen geht hervor, dass die Akteure in Ost- und Westdeutschland den idH genau kontrollieren und bei Bedarf innerhalb kurzer Zeit fördern oder drosseln konnten.

Einen zusammenfassenden Überblick über grundlegende Entwicklungen im Zeitraum von der Gründung beider deutscher Staaten bis zum Ende der 60er

⁴² Vgl. Fritz Federau: Der Interzonenhandel Deutschlands von 1946 bis Mitte 1953, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 4 (1953), S. 385–410.

⁴³ Heinz Dahlmann: Die Entwicklung des deutschen Interzonenhandels nach dem 2. Weltkrieg, Köln 1954.

⁴⁴ Vgl. Bruno Gleitze: Das Problem der gespaltenen Wirtschaft Deutschlands, in: Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen 7 (1954), Heft 2/3, S. 21–68.

⁴⁵ Siegfried Kupper: Der innerdeutsche Handel. Rechtliche Grundlagen, politische und wirtschaftliche Bedeutung, Köln 1972.

⁴⁶ Horst Lambrecht: Politischer Handel? Der Warenaustausch zwischen Bundesrepublik und DDR, S. 29.

⁴⁷ Vgl. Willi Kleindienst: Abwicklung und Praxis der Handelsbeziehungen zur DDR, in: Erik Boettcher (Hrsg.): Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten, Stuttgart u. a. 1971, S. 61–77. Kleindienst war Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel.

⁴⁸ Siegfried Kupper: Der innerdeutsche Handel. Rechtliche Grundlagen, politische und wirtschaftliche Bedeutung.

⁴⁹ Gerhard Ollig: Rechtliche Grundlagen des innerdeutschen Handels, in: Claus-Dieter Ehlermann u. a. (Hrsg.): Handelspartner DDR – Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen, Baden-Baden 1975, S. 147 ff., hier S. 183 f.

Jahre und zum Teil auch darüber hinaus boten Gumpel⁵⁰, Dean⁵¹, Lambrecht⁵², Rösch und Homann⁵³ sowie Haendcke-Hoppe⁵⁴.

Die Thematik EWG-Mitgliedschaft der BRD und innerdeutscher Handel beleuchtete Ehlermann⁵⁵. Nach seiner Auffassung war das Verhalten der EWG-Partnerstaaten Westdeutschlands geprägt von politischer Rücksichtnahme gegenüber der BRD und deren Interessen im Handel mit der DDR.

Als Grund für die Stabilität des innerdeutschen Handels wird allgemein das »Parallelogramm der Interessen«⁵⁶, auch als »Interessenparallelogramm« bezeichnet, angesehen. Damit sind Motive und Vorteile gemeint, welche die Akteure in beiden Staaten motivierten, den Austausch von Waren und Dienstleistungen trotz gegensätzlicher deutschlandpolitischer Positionen und Krisen über 40 Jahre hinweg aufrechtzuerhalten.

In diesem Zusammenhang wollen wir hervorheben, dass der innerdeutsche Handel aus westdeutscher Sicht von Anfang an eine durchweg zwiespältige Ange-

⁵⁰ Vgl. Werner Gumpel: Der innerdeutsche Handel in seinen politischen und ökonomischen Auswirkungen, S. 78–94.

⁵¹ Vgl. Robert W. Dean: *West German Trade with the East: The Political Dimension*, New York – Washington – London 1974.

⁵² Vgl. Horst Lambrecht: Der Innerdeutsche Handel – ein Gütertausch im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft, in: APuZ 40 (1982), S. 3–17.

⁵³ Vgl. Franz Rösch/Fritz Homann: *Thirty Years of the Berlin Agreement – Thirty Years of Inner German Trade: Economic and Political Dimensions*, in: ZGS 137 (1981), S. 525–555.

⁵⁴ Vgl. Maria Haendcke-Hoppe: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Legende und Wirklichkeit, in: dies./Erika Lieser-Triebnigg (Hrsg.): 40 Jahre innerdeutsche Beziehungen (Gesellschaft für Deutschlandforschung; Bd. 29), Berlin 1990, S. 119–140.

⁵⁵ Claus-Dieter Ehlermann: Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen und Europäische Gemeinschaft, in: ders. u. a. (Hrsg.): Handelspartner DDR – Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen (Schriftenreihe Europäische Wirtschaft; Bd. 76), Baden-Baden 1975, S. 203–260.

⁵⁶ Vgl. Karl-Heinz Groß: Der innerdeutsche Handel aus internationaler Sicht, in: DA 19 (1986), S. 1075–1084, hier S. 1081. Siehe auch Rösch/Hohmann: *Thirty Years of the Berlin Agreement*, S. 526; Armin Volze: Zu den Besonderheiten der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen im Ost-West-Verhältnis, S. 68 sowie Heinz Pentzlin: Interzonenhandel – Osthandel – EWG, in: Erik Boertcher (Hrsg.): *Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten*, Stuttgart u. a. 1971, S. 15–42, hier S. 26 f.; Friedrich von Heyl: Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl 1945–1972. Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg (Münstersche Historische Forschungen; Bd. 12), Köln 1997; Peter E. Fäßler: Im Spannungsfeld politischer und wirtschaftlicher Interessen: Die innerdeutschen Handelsbeziehungen (1949–1969) (unveröffentlichte Habilitationsschrift), Dresden 2002, S. 11 f. – Jetzt veröffentlicht: Peter E. Fäßler: Durch den »Eisernen Vorhang«. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949–1989, Köln 2006.

legenheit darstellte. Diese Feststellung gilt insbesondere im Hinblick auf Aktivitäten der Bundesregierungen. Wirtschaftsbeziehungen zu Ostdeutschland sollten der Sicherung Berlins⁵⁷ dienen, ein wichtiges Bindeglied zwischen Westdeutschland und der »SBZ« darstellen, das Streben nach Wiedervereinigung unterstützen und »den Lebensstandard in Mitteldeutschland«⁵⁸ verbessern. Aus Sicht der Bundesrepublik hatte der idH jedoch einen höchst unerwünschten Begleiteffekt: die ökonomische Unterstützung der SED-Diktatur. Außerdem wurde des Öfteren die Befürchtung geäußert, Bezüge agrarischer Produkte aus Ostdeutschland könnten sich nachteilig auf die Versorgung der DDR-Bevölkerung auswirken.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, ihre Gestaltung, Funktion und ambivalenten Folgen, in Wirtschaft, Politik und Presse der Bundesrepublik von Anfang an konträr bewertet⁵⁹ wurden. Vor diesem Hintergrund entstand Ende der 50er Jahre die Thälheim-Gleitze-Kontroverse⁶⁰.

Das Forum jener Auseinandersetzung war der Forschungsbeirat⁶¹ für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands. Bei diesem Streit ging es in erster Linie darum,

⁵⁷ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 12 vom 24.11.1951.
⁵⁸ Ebd., Nr. 224 vom 30.11.1956.

⁵⁹ Siegfried Kupper: Politische Aspekte des innerdeutschen Handels, in: Claus-Dieter Ehlermann u. a. (Hrsg.): *Handelspartner DDR – Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen*, Baden-Baden 1975, S. 13–76, hier S. 40 ff.

⁶⁰ Die Benennung der Kontroverse erfolgte nach zwei Mitgliedern des im Folgenden erläuterten Forschungsbeirats: Karl Christian Thälheim (geb. am 26. Mai 1900 in Reval) hatte einen Lehrstuhl für Weltwirtschaft am Osteuropainstitut der Freien Universität Berlin inne und leitete über viele Jahre hinweg die Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin. Vgl. DA 6 (1993), S. 641.; Bruno Gleitze (geb. am 4. August 1903 in Berlin) wirkte nach Kriegsende zunächst als Ordinarius für Statistik an der im sowjetischen Sektor Berlins liegenden Universität (Unter den Linden) und dann als Dekan ihrer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Nach seiner Übersiedlung nach Westberlin wurde er 1956 zum Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (zunächst in Köln, dann in Düsseldorf) berufen. Von 1966 bis 1967 war er Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Vgl. Karl C. Thälheim u. a.: Bruno Gleitze als Wirtschafts- und Kulturforscher. Mit einer Bibliographie als Festgabe anlässlich seines 75. Geburtstages, Berlin 1978, S. 13 ff.

⁶¹ Er wurde am 24. März 1952 durch Erlass des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen geschaffen. Ihm gehörten Vertreter der maßgebenden politischen Parteien sowie der sozial- und wirtschaftspolitischen Spitzenorganisationen der BRD an. An den Sitzungen seiner Gremien nahmen auch Mitarbeiter von Bundesministerien und oberen Bundesbehörden teil. Der Forschungsbeirat erarbeitete Analysen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der DDR. 1975 wurde er aufgelöst. Vgl. dazu Karl C. Thälheim: *Die Wirtschaft der Sowjetzone in Kri-*

ob der Handel mit Ostdeutschland die SED-Diktatur wirtschaftlich und politisch stärkte, somit stabilisierte und ob er der angestrebten Wiedervereinigung Deutschlands zuwiderlief. Auch die Nutzen-Frage und die Bereitschaft der DDR zu politischen Gegenleistungen wurden im Rahmen dieser Kontroverse thematisiert.

Karl C. Thalheim⁶² vertrat die Ansicht, dass der Handel mit Ostdeutschland »durch die in der SBZ bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung bestimmt« wurde und »für die Realisierung der Wiedervereinigung eher negative als positive Folgen«⁶³ hatte. Außerdem war nach Thalheims Meinung der »Innenhandelskaum geeignet [...], das politische »Klima« grundsätzlich zu verbessern«⁶⁴. Deshalb wandte er sich gegen eine Ausweitung der innerdeutschen Handelsbeziehungen und ging von folgender Annahme aus: »Eine wirtschaftlich schwache SBZ würde es der Sowjetunion ökonomisch leichter machen, Mitteldeutschland freizugeben.«⁶⁵ War demnach die UdSSR bereit, den zweiten deutschen Staat aus ihrem Machtbereich zu entlassen, falls dessen Volkswirtschaft große Schwächen zeigte? Wirken die Vorteile des innerdeutschen Handels somit der Wiedervereinigung entgegen? War es demnach sinnvoll den idH im Sinne Thalheims zu drosseln oder gar abzubrechen, um die DDR aus dem »Ostblock« zu befreien und dadurch eine Wiedervereinigung zu ermöglichen?

Gleitze bewertete den innerdeutschen Handel konträr dazu als »Mittel gegen die wirtschaftliche Entfremdung der beiden deutschen Wirtschaftsgebiete«⁶⁶, nicht zuletzt, weil durch ihn die »Orientierung auf den Ostblock« zwar »nicht unterbunden, wohl aber gebremst werden«⁶⁷ konnte. Daher wollte er mittels Handelsbeziehungen die »Kräfte« in der DDR unterstützen, »die heute noch einer Integration der SBZ in den mitteleuropäischen Wirtschaftsraum vor der Ost-

se und Umbau (Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland; Bd. 1), Berlin 1964, S. 5 f. Siehe dazu auch Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 182 vom 2. Oktober 1958.

⁶² Karl Christian Thalheim (geb. am 26. Mai 1900 in Reval) hatte einen Lehrstuhl für Weltwirtschaft am Osteuropainstitut der Freien Universität Berlin inne und leitete über viele Jahre hinweg die Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen in Berlin. Vgl. DA 6 (1993), S. 64f.

⁶³ Protokoll der Forscherkreis-Sitzung am 27. Juni 1959 im Bundeshaus Berlin, BArch Koblenz, B 137 I/569, Bl. 2. Die Thalheim-Gleitze-Kontroverse wurde hauptsächlich während dieser Sitzung ausgetragen.

⁶⁴ Ebd., Bl. 5.

⁶⁵ Ebd., Bl. 4.

⁶⁶ Ebd., Bl. 7.

⁶⁷ Ebd., Bl. 8.

integration den Vorzug geben«⁶⁸. Auch folgende Aussage Gleitzes interpretieren wir als Appell zur Ausweitung des innerdeutschen Handels: »Eine Verklammerung der SBZ mit dem Ostblock wird – ökonomisch gesehen – erst dann zur absoluten Notwendigkeit, wenn seitens des Westens keine Möglichkeiten mehr gefunden werden, den steigenden Außenhandelsbedürfnissen der SBZ Rechnung zu tragen.«⁶⁹ Hätte demnach ein Abbruch der Handelsbeziehungen die (totale) Ostintegration der DDR vorangetrieben?

Die Auswirkungen des innerdeutschen Handels auf die ostdeutsche Bevölkerung wurden ebenfalls im Rahmen der Thalheim-Gleitze-Kontroverse thematisiert: Thalheim räumte ein, dass der Handel »zu einer Verbesserung des Lebensstandards führen«⁷⁰ könnte, was einerseits im Sinne der Bevölkerung zu begrüßen sei. Andererseits bestand deshalb seiner Meinung nach die Gefahr einer Bindung der Ostdeutschen an das SED-System. Im Gegensatz dazu hob Gleitze hervor, dass der Widerstandswille in der DDR durch eine »verbesserte Versorgung nicht verringert« werde, »da es sich um eine rein geistige Auseinandersetzung handelt«⁷¹.

Im Rahmen der Thalheim-Gleitze-Kontroverse wurde nicht nur von Bruno Gleitze auf den hohen Importbedarf der »SBZ« infolge ihrer Autarkiefähigkeit⁷² und die daraus resultierende Abhängigkeit von westdeutschen Bezügen hingewiesen. In diesem Kontext sollte die französische und britische Position im Hinblick auf den Osthandel Anfang der 50er Jahre nicht unberücksichtigt bleiben. Demnach bot der Handel mit den RGW-Staaten für westliche Länder eine Möglichkeit zur »Infiltration« hinter dem »Eisernen Vorhang«⁷³, da sie auf Seiten der Sowjetunion und damit letztlich auch auf Seiten der DDR eine gewisse technologische Abhängigkeit bewirke.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Ebd. Während der Sitzung des Forschungsbeirats am 4. und 5. Mai 1959 hatten die Anwesenden auch den Volkswirtschaftsplan für 1959 thematisiert. In diesem Zusammenhang war die Befürchtung geäußert worden, dass die ostdeutsche »Wirtschaft noch rascher als bisher sowjetisiert und in den Ostblock integriert werden« sollte. Vgl. auch Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 83 vom 9. Mai 1959.

⁷⁰ Protokoll der Forscherkreis-Sitzung am 27. Juni 1959 im Bundeshaus Berlin, BArch Koblenz, B 137 I/569, Bl. 5.

⁷¹ Ebd., Bl. 9.

⁷² Ebd., Bl. 7.

⁷³ Gunther Mai: Das »Trojanische Pferd«. Innerdeutsche Handelsbeziehungen zwischen Blockbildung und inter-systemarer Symbiose (1945–1989), in: Gustav Schmidt (Hrsg.): Ost-West-Beziehungen: Konfrontation und Détente 1945–1989, Bochum 1993, Bd. 2, S. 433 ff.

Die Thalheim-Gleitze-Kontroverse wurde bisher in der Forschung kaum thematisiert. Peter E. Fäßler beschränkt sich in seiner Studie weitgehend darauf, die Kernpunkte beider Positionen wiederzugeben und stellt anschließend einen Bezug zur o. g. französischen und britischen Position her. Außerdem konstatiert er, dass die Kontroverse, »ohne dass eine Einigung erzielt worden wäre, in der sogenannten ›Vorteilsdiskussion‹ während der siebziger Jahre«⁷⁴ ihre Fortsetzung fand, verzichtet jedoch ansonsten auf eine Bewertung dieser Auseinandersetzung.

Friedrich von Heyl stellt zunächst die gegensätzlichen Standpunkte Thalheims und Gleitzes gegenüber. Im Rahmen seiner Bewertung bestätigt er eine Aussage Thalheims, derzufolge die DDR Handelserleichterungen der BRD, wie die Liberalisierungsmaßnahmen Ende der 60er Jahre, nicht mit politischem Entgegenkommen honorierte, sondern weitergehende Forderungen⁷⁵ stellte. Außerdem geht von Heyl davon aus, dass der idH die ökonomische Basis der DDR stärkte und dadurch zur politischen Stabilisierung des SED-Systems beitrug. »Ob und inwieweit der innerdeutsche Handel das Auseinanderdriften«⁷⁶ von BRD und DDR verhinderte, hält von Heyl für nicht nachweisbar.

Indem von Heyl sagt, dass der idH das Tempo der ostdeutschen Integration in den RGW nicht »verlangsamt hätte«, widerspricht er Gleitze, der im deutschen Handel eine Möglichkeit sah, diesen Prozess abzubremesen und somit der wirtschaftlichen Entfremdung zwischen Ost- und Westdeutschland entgegenzuwirken.

Mit Hinblick auf Fäßlers und von Heyls Positionen zur Thalheim-Gleitze-Kontroverse ist anzumerken, dass sie ihre Studien auf den Untersuchungszeitraum bis 1969/1972 begrenzten. Entwicklungen im idH und in anderen Bereichen der deutsch-deutschen Beziehungen während der Folgejahre bis 1989 legten sie daher ihren Aussagen offensichtlich nicht zugrunde.

Über die Bedeutung der EWG-Mitgliedschaft der BRD für den idH und die Vorteile, welche der DDR daraus erwachsen entstand in den 70er Jahren ebenfalls eine Kontroverse: Biskup⁷⁷ kam aufgrund seiner Berechnungen zu dem Ergebnis, dass die DDR aus der Sonderregelung des EWG-Protokolls über den innerdeutschen Handel z. T. auf Kosten der EWG-Partnerländer der Bundesrepublik gro-

⁷⁴ Peter E. Fäßler: Im Spannungsfeld, S. 11 f.

⁷⁵ Friedrich von Heyl: Der innerdeutsche Handel, S. 245–248, hier S. 248.

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Reinhold Biskup: Deutschlands offene Handelsgrenze. Die DDR als Nutznießer des EWG-Protokolls über den innerdeutschen Handel, Frankfurt/M. – Berlin 1976.

ßen Nutzen zog. Kupper⁷⁸ und Lambrecht zweifelten dagegen Biskups Berechnungsmethoden an und lehnten die Annahme einer Art Assoziierung der DDR gegenüber der EWG ab.

Mit Rahmenbedingungen und Stagnationstendenzen des innerdeutschen Handels gegen Ende der 80er Jahre setzten sich noch kurz vor dem Ende der DDR mehrere Verfasser auseinander. Während Nitz⁷⁹ in den CoCom-Regelungen, dem gesamten Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren sowie den Mengen- und Wertbegrenzungen für eine Vielzahl von Lieferpositionen der DDR wichtige Hemmfaktoren sah, bezeichneten Maier/Maier⁸⁰ die Innovationsschwäche der ostdeutschen Volkswirtschaft als Hauptursache für Lieferschwierigkeiten der DDR. Sie verwiesen auf erfolgreiche deutsch-deutsche Gestattungsproduktionsprojekte, beklagten einen unzureichenden Technologie-Transfer zwischen beiden deutschen Staaten und plädierten für den weiteren Ausbau der Kooperationsbeziehungen. Auch Lambrecht⁸¹ sah in der Kooperation eine Möglichkeit zur Intensivierung der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen.

Nach dem Ende der SED-Diktatur entstanden mehrere Beiträge zum idH und benachbarten Themen:

Zunächst sind einige frühe, wenig seriöse Veröffentlichungen⁸² zu nennen, die Anfang der 90er Jahre erschienen. Sie wurden von Journalisten im Essaystil eilig

⁷⁸ Siegfried Kupper/Horst Lambrecht: Die Vorteile der DDR aus dem innerdeutschen Handel, in: DA 10 (1977), S. 1204–1208. Weitere Standpunkte dazu in Kapitel B.1.2.4.2.3 (S. 116 ff.).

⁷⁹ Jürgen Nitz: Wirtschaftsbeziehungen DDR-BRD. Bestimmungsfaktoren, Tendenzen, Probleme und Perspektiven, in: APuZ 10 (1989), S. 10–14.

⁸⁰ Harry Maier/Siegrid Maier: Möglichkeiten einer Intensivierung des innerdeutschen Handels. Die Stagnationstendenzen im innerdeutschen Handel und ihre Ursachen, in: DA 2 (1989), S. 180–191.

⁸¹ Horst Lambrecht: Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ende der achtziger Jahre, in: APuZ 10 (1989), S. 15–27.

⁸² Günter Blurke: Obskure Geschäfte mit Kunst und Antiquitäten. Ein Kriminalreport; Ludwig Rehlinger: Freikauf: die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1961–1989; Carl-Heinz Janson: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte. Düsseldorf – Wien – New York 1991; Wolfgang Seiffert/Norbert Treutwein: Die Schalek-Papiere. DDR-Mafia zwischen Ost und West, München 1991; Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991; ders.: Tatort Politbüro, Band 2: Honecker, Mittag und Schalek-Golodkowski, Berlin 1992; Peter-Ferdinand Koch: Das Schalek-Imperium. Deutschland wird gekauft, München 1992; Egmont R. Koch: Das geheime Kartell. BND, Schalek, Stasi & Co., Hamburg 1992; Lothar Fritze: Panoptikum DDR-Wirtschaft: Machtverhältnisse – Organisationsstrukturen – Funktionsmechanismen (Akademiebeiträge zur politischen Bildung; Bd. 26), München 1993.

verfasst und boten einen ersten Einblick. Einige dieser Beiträge basierten teilweise auf bis dahin unveröffentlichten Dokumenten, leisteten jedoch in der Regel keinen Quellennachweis. Sie thematisierten eher oberflächlich Aktivitäten des Bereichs »Kommerzielle Koordinierung« und dessen Leiters Schalck-Golodkowski sowie den Einfluss von Günter Mittag und Erich Honecker auf KoKo und die DDR-Ökonomie.

Auf diese frühen Publikationen folgten fundiertere Studien, die sich in der Regel auf eine breite Quellenbasis stützten und ihre Fundstellen auswiesen.

Grundlegende Untersuchungsaspekte jener Arbeiten bildeten unter anderem Akteursebenen, Entscheidungsstrukturen und die von beiden deutschen Staaten im innerdeutschen Handel verfolgten Ziele.

Zu dem Ergebnis, dass der idH in Ostdeutschland von der obersten Staats- und Parteiführung gesteuert worden ist, gelangte Peter von Heyl⁸³. Dies schränkte nach seiner Meinung den Entscheidungsspielraum des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel stark ein. Auf westdeutscher Seite⁸⁴ konstatierte er große Handlungsspielräume des Bundeswirtschaftsministeriums, welche jedoch von der Richtlinienkompetenz des Kanzlers begrenzt wurden.

Die ostdeutschen Entscheidungsträger streben nach Meinung von Heyls entsprechend dem sozialistischen Ideal in erster Linie nach ökonomischer Autarkie⁸⁵, sodass dem idH in erster Linie die Funktion eines »Lückenbüßers« zukommen sollte. Zudem versuchten sie, politische Zugeständnisse gegenüber der Bundesrepublik nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die Frage, welche politischen Ziele die Akteure in Ost- und Westdeutschland mit dem innerdeutschen Handel verknüpfen, bildete einen Schwerpunkt in Peter E. Fäßlers Studie. Er konstatierte, dass Entscheidungsträger in beiden Staaten mithilfe des innerdeutschen Handels versuchten, ihre deutschlandpolitischen Ziele zu erreichen. Dabei fiel laut Fäßler die Erfolgsbilanz der DDR bescheiden aus: Es war ihr weder möglich, mithilfe dieses Handels ihre Anerkennung als Staat zu erreichen, noch die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern und die Isolierung West-Berlins zu bewirken. Auf Seiten der Bundesregierungen herrschte von Anfang an die Absicht zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs, was ihnen auch bei Ausgestaltung der Vertragswerke und in der Handelspraxis weitgehend gelang.

⁸³ Ders.: Der innerdeutsche Handel, S. 220 ff.

⁸⁴ Ebd., S. 228 ff. Die hier geschilderten Positionen von Heyls vertrat grundsätzlich auch Peter E. Fäßler: Im Spannungsfeld, S. 91 ff.

⁸⁵ Peter von Heyl: Der innerdeutsche Handel, S. 224–226.

Da von Heyl und Fäßler ihre Untersuchungen auf den Zeitraum bis Anfang der 70er Jahre begrenzten, ließen sie offen, wie sich Entscheidungsstrukturen⁸⁶ und Zielsetzungen im Folgezeitraum bis 1989 entwickelten. Außerdem blieb zu klären, welche Beweggründe das Handeln der Akteure bestimmten.

Volkswirtschaftliche Implikationen des innerdeutschen Handels während der 70er und 80er Jahre sowie einzelne Aspekte der Aktivitäten von KoKo und ihres Leiters Schalck-Golodkowski im idH wurden ebenfalls nach dem Ende der DDR thematisiert:

Verschiedene Vorteilskategorien der DDR im idH analysierte Gerhard Wilhelm Kuhnle⁸⁷ in seiner wirtschaftswissenschaftlichen Studie. Er hielt fest, dass der ökonomische Nutzen Ostdeutschlands nur z. T. messbar sei. Außerdem bestätigte er die alte These, wonach die DDR in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen Handel mit Westdeutschland trieb, während die BRD mithilfe des innerdeutschen Handels hauptsächlich deutschlandpolitische Ziele verfolgte.

Als Ursache für das eingeschränkte Volumen des innerdeutschen Handels sowie Lieferschwierigkeiten der DDR führte Detlef Nakath einseitig die (respektive) Handelspolitik der Bundesrepublik⁸⁸ an. Die Dysfunktionalität der ostdeutschen Volkswirtschaft wurde bei diesem Erklärungsversuch nicht adäquat berücksichtigt.

Entstehungsfaktoren und Kernpunkte von Schalcks Geheimdisertation, den starken Anstieg der Verschuldung Ostdeutschlands gegenüber westlichen Staaten sowie Devisengeschäfte der DDR und paräökonomische Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten beleuchtete Armin Volze⁸⁹, ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums.

⁸⁶ Diese Feststellung gilt nicht zuletzt für den Einfluss des Bereichs Kommerzielle Koordinierung in Ostdeutschland.

⁸⁷ Ders.: Die Bedeutung der Vorteile der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen.

⁸⁸ Detlef Nakath: Zur Geschichte der deutsch-deutschen Handelsbeziehungen. Die besondere Bedeutung der Krisenjahre 1960/61 für die Entwicklung des innerdeutschen Handels (Hefte zur DDR-Geschichte; 4), Berlin 1993, S. 14–16.

⁸⁹ Ders.: Die Devisengeschäfte der DDR, Genex und Intershop, S. 1145 ff.; Armin Volze/Johannes L. Kuppe: Doktor Schalck. Analyse einer Geheimdisertation, in: DA 6 (1993), S. 641 ff.; Armin Volze: Innerdeutsche Transfers, S. 2762 ff.; ders.: Ein großer Bluff? Die Westverschuldung der DDR, in: DA 5 (1996), S. 701 ff.; ders.: Die gesplante Valutamark. Anmerkungen zur Währungspolitik und Außenhandelsstatistik der DDR, in: DA 2 (1999), S. 233 ff.

Detlef Nakath⁹⁰ ging in seiner Monografie im Kontext der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auch auf den Bereich Kommerzielle Koordinierung ein. Sinnvoll ist die vorgenommene Abgrenzung der Begriffe *Interzonenhandel* und *innerdeutscher Handel*. Zweifellos richtig ist seine Feststellung, dass mit dem innerdeutschen Handel der über die Konten des Berliner Abkommens abgewinkelte Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen beiden deutschen Staaten gemeint ist. Offen blieb jedoch, was Nakath meinte, wenn er schrieb, dass »andere Handelsformen«, welche seiner Angabe zufolge besonders seit Ende der 70er Jahre an Bedeutung gewannen und über Firmen des Bereiches KoKo geführt wurden, beim idH »in der Regel nicht einbezogen«⁹¹ wurden. Sollten demnach etwa die Aktivitäten des Bereichs Kommerzielle Koordinierung im deutsch-deutschen Handel getrennt vom innerdeutschen Handel betrachtet werden? Unklar blieb auch, was der Verfasser unter der Geschichte des »normalen«⁹² innerdeutschen Handels verstand.

Aktivitäten des Bereichs KoKo im Rahmen des innerdeutschen Handels thematisierte auch Michael Kruse⁹³ in seiner im Jahre 2005 erschienenen Arbeit. Die Handelsbereiche Gestattungsproduktion⁹⁴ sowie Müll⁹⁵ wurden zusammen auf ca. zwei Seiten abgehandelt; deutsch-deutsche Geschäfte mit Kunst und Antiquitäten⁹⁶

⁹⁰ Ders.: Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik von 1969 bis 1982, Schkeuditz 2002.

⁹¹ Ebd., S. 322 f.

⁹² Ebd., S. 327.

⁹³ Michael Kruse: Politik und deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen. Der Verfasser hat für seine Arbeit offensichtlich keine von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik verwalteten Aktenbestände des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) herangezogen.

⁹⁴ Kruse geht im Hinblick auf die Salamander-Gestattungsproduktion von einem »bescheidenen Umfang« aus. Er lässt jedoch außer Acht, dass bereits 1985 das 30millionste Paar Schuhe im Rahmen dieses deutsch-deutschen Projektes hergestellt wurde. Vgl. Michael Kruse: Politik und deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen, S. 234. Siehe dazu in vorliegender Arbeit das Kapitel B 3.3.5 Gestattungsproduktion (S. 240 ff.). Jörg Roesler beschränkte sich in seinen Ausführungen zur Gestattungsproduktion und zu Kompensationsgeschäften auf wenige Zeilen und legte seinen Kurzdefinition einen Aufsatz von Horst Lambrecht zugrunde, den dieser vor dem Ende der DDR publizierte. Vgl. dazu Jörg Roesler: Der Einfluss der Außenwirtschaftspolitik, S. 566.

⁹⁵ Michael Kruse: Politik und deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen, S. 234 f.

⁹⁶ Ebd., S. 225 f.

erfahren ebenfalls eine kurze und sehr knappe Darstellung⁹⁷. Michael Kruses Bewertung der Aktivitäten des Bereichs Kommerzielle sowie der SED-Elite weist eine gewisse Ambivalenz auf: Der Verfasser schwankte bisweilen zwischen kritisieren⁹⁸ und relativieren⁹⁹.

Wir halten fest, dass auch in den neueren Arbeiten von Nakath und Kruse Geschäfte und Methoden des Bereichs Kommerzielle Koordinierung im Rahmen des innerdeutschen Handels nur in geringem Maße beleuchtet wurden. Außerdem bewerteten sie die Aktivitäten von KoKo nur unzureichend im Hinblick auf die von DDR-Akteuren öffentlich propagierten sozialistischen Grundsätze.

Erwähnt werden sollten abschließend auch die nach der Wende 1989/90 entstandenen Memoiren¹⁰⁰ ehemaliger DDR-Protagonisten. Deren retrospektivische Darstellungen können einerseits als Rechtfertigungsversuche gewertet werden, andererseits liefern sie z. T. aufschlussreiche Aspekte. Durch die Heranziehung von Quellen und Literatur lassen sich Aussagen dieser ostdeutschen Akteure objektivieren.

Alexander Schalck-Goldkowsky verwendet in seinen Memoiren die Bezeichnungen »pragmatisch« und »paradox«. Diese Adjektive und die dazugehörigen Nomen eignen sich jedoch nicht als analytische Begriffe und zur Entwicklung von Leitfragen für die Bewertung der Handlungsweisen von DDR-Akteuren, da er sie offenbar in erster Linie dazu verwendete, seine Aktivitäten als Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung zu rechtfertigen.

Es liegt bisher keine historische Studie vor, die das Agieren der DDR-Hauptakteure im innerdeutschen Handel während der deutsch-deutschen Teilung unter

⁹⁷ Der Einblick in Akteursstrukturen wird dem Leser ein wenig erschwert durch den Gebrauch von Passivsätzen, Nominalisierungen und Indefinitpronomen. Hinzu kommt die häufige Pauschalbezeichnung »Bundesrepublik«.

⁹⁸ Er bezeichnet beispielsweise die Vorgehensweise der dem Bereich KoKo unterstellten Kunst und Antiquitäten GmbH als »pervers«. Ebd., S. 225.

⁹⁹ Für Kruse ist angesichts »des geringen Ausmaßes der Privilegien und des Statusmißbrauchs der DDR-Elite [...] die große Würd der DDR-Bevölkerung über diese Sonderversorgung heute nicht mehr ganz verständlich«. Die Wünsche der Bewohner von Wandlitz kommentiert er mit den Worten von Schalck-Goldkowsky als spießig und bescheiden. Vgl. Michael Kruse: Politik und deutsch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen, S. 244 f.

¹⁰⁰ Vgl. Alexander Schalck-Goldkowsky: Deutsch-deutsche Erinnerungen, 2. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2000; Günter Mitrag: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin – Weimar 1991; Gerhard Schürer: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt/Oder 1996; Gerhard Ronneberger: Deckname »Saale«. High-Tech-Schmuggler unter Schalck-Goldkowsky, Berlin 1999.

Berücksichtigung der EWG-Mitgliedschaft der BRD kritisch analysiert und dabei die gegenwärtig zugänglichen Archivbestände ost- und westdeutscher Provenienz¹⁰¹ adäquat zu Grunde legt. Auch wurde die dargelegte Thalheim-Gleitze-Kontroverse in der Forschung nur in geringem Maße, und auf den Untersuchungszeitraum bis Anfang der 70er Jahre begrenzt, thematisiert.

4 Leitfragen

Bis zum Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 vollzog sich der Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen Ost- und Westdeutschland¹⁰² aus Sicht der Öffentlichkeit gleichsam in einer *Blackbox*. Das galt insbesondere für die Aktivitäten der DDR-Seite. Deren Entscheidungsstrukturen, Methoden und Akteure im Handel mit der BRD waren offenbar auch Kennern der Verhältnisse in West und in Ost¹⁰³ meist nur schemenhaft oder überhaupt nicht bekannt.

Die Analyse des Vorgehens ostdeutscher Behörden gegenüber dem Kunstreisator Werner Schwarz ermöglichte uns bereits einen ersten Einblick in deren Vorgehensweisen. Um jedoch allgemeingültige Aussagen über den innerdeutschen Handel machen zu können, ist es notwendig, den Blickwinkel zeitlich und thematisch auszuweiten.

Wir wählen daher den Untersuchungszeitraum vom Beginn des innerdeutschen Handels im Jahre 1949 bis zum Ende der SED-Diktatur 1989. Wir analysieren und bewerten die auf den idH bezogene Aktivitäten von DDR-Akteuren im Rahmen des Frankfurter Abkommens sowie des Berliner Abkommens¹⁰⁴.

¹⁰¹ In unserer Studie bleibt Schriftgut aus Privat- und Firmenarchiven unberücksichtigt.

¹⁰² So berichtete Gerhard Wilhelm Kuhnle, dass er auf eine Anfrage beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Antwort erhalten habe, »daß es politisch nicht erwünscht ist, die Stützung des innerdeutschen Handels durch die Bundesrepublik offenzulegen«. Vgl. ders.: Vorteile der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, S. 20.

¹⁰³ Gerhard Schürer, der Chef der Staatlichen Planungskommission (1965–1989), behauptete, dass er in »Detail-Geschäfte« des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und seines Leiters Schalek-Goldkowsky keinen Einblick hatte. Vgl. Hans-Hermann Hertle: Gespräch mit Gerhard Schürer. »Es wäre besser gewesen, wir wären früher pleite gegangen!«, in: DA 2 (1992), S. 132–145; hier S. 145. Vgl. dazu auch Alexander Schalek-Goldkowsky: Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 192 f.

¹⁰⁴ Diese Abkommen bildeten im Zeitraum von 1949–1989 die vertraglichen Grundlage des innerdeutschen Handels. Vgl. dazu Kapitel B.1.2.1.1 (S. 55 ff.) sowie 1.2.1.2 (S. 74 ff.).

Dabei sollen folgende Leitfragen im Vordergrund stehen:

1. Welche Motive und Rahmenbedingungen bestimmten das Handeln ostdeutscher Akteure im innerdeutschen Handel?
2. Welche Bedeutung hatte der idH für das politische Klima im geteilten Deutschland und wirkte er einer möglichen Wiedervereinigung entgegen?
3. Welche Auswirkungen hatten die Aktivitäten der DDR-Akteure im idH auf die ostdeutsche Volkswirtschaft?
4. Wie ist ihr Agieren im Hinblick auf die SED-Ideologie zu bewerten?

Trotz ihrer weitgefassten Fragestellung und ihres weiten Untersuchungszeitraumes kann diese Studie keine Gesamtdarstellung des innerdeutschen Handels sein. Vielmehr konzentriert sie sich auf das Agieren der DDR-Hauptakteure im idH und dessen Bewertung. Handlungsweisen und Beweggründe westdeutscher Akteure werden dabei mitberücksichtigt, sie stehen jedoch nicht im Mittelpunkt vorliegender Arbeit.

5 Quellenlage

Angesichts des Forschungsstandes stützt sich vorliegende Dissertation auf größtenteils unveröffentlichtes Quellenmaterial: Zu dem für unser Thema bedeutsamen Schriftgut in den staatlichen Archiven Ost- und Westdeutschlands zählen sowohl die Korrespondenzen der Akteure untereinander, als auch deren Schriftverkehr mit verschiedenen Institutionen sowie Notizen über Unterredungen, Beschlüsse, interne Studien zum idH und damit zusammenhängende Fragen.

Die DDR betreffend unterscheiden wir hinsichtlich der Akteure und der von ihnen verfassten Dokumente verschiedene Ebenen:

1. Das auf der Parteiebene angefallene Schriftgut wurde bis 1989 im SED Parteiarchiv gesammelt. Es befindet sich heute in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch). Hierzu zählen Unterlagen des Büro Ulbricht, Büro Honecker, Büro Günter Mittag sowie Arbeits- und Beschlussprotokolle des Politbüros etc.
2. Das Schriftgut der Staatsebene lagert heute im Bundesarchiv Berlin (BArch Berlin). Dazu gehören Unterlagen des Ministerrats der DDR sowie einzelner Industrieministerien, Materialien der Staatlichen Planungskommission und des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel (Volkswirtschaftsrats). Nach unserer Erkenntnis hatte das Ministerium für Auswärtige

ge Angelegenheiten (MAA) keinen bedeutsamen Einfluss auf die Handelspolitik gegenüber der Bundesrepublik.

3. Die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) werden von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU, »Die Stasi-Unterlagen-Behörde«) verwaltet. Eine Durchsicht einiger dieser Bestände ergab, dass verschiedene Abteilungen des MfS im innerdeutschen Handel involviert waren.

Die genannten ostdeutschen Materialien waren bis zum Ende der SED-Diktatur für die Forschung nicht zugänglich. Es durften allenfalls SED-ergebnisse DDR-Historiker einzelne Aktenbestände einsehen. Seit Anfang der 90er Jahre ist dieses Schriftgut grundsätzlich ohne dreißigjährige Sperrfrist einsichtbar.

Es sollte in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass in der Politik, insbesondere in einer Diktatur, vieles informell durch mündliche Absprachen und Anweisungen geregelt wird, ohne schriftliche Spuren zu hinterlassen.

Das bedeutendste staatliche Schriftgut westdeutscher Provenienz zum idH lagert im Bundesarchiv Koblenz (BArch Koblenz). Besonders hervorzuheben sind die Aktenbestände des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), da dieses Ministerium eine Vermittlerposition zwischen verschiedenen Bundesministerien, westdeutschen Wirtschaftsverbänden und einzelnen Unternehmen sowie zwischen beiden deutschen Staaten innehatte. Aufschlussreich sind auch die Protokolle über die zwischen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel und dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel geführten Verhandlungen. Erwähnt werden sollten außerdem die Bestände des Bundesamts für gewerbliche Wirtschaft und des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Beziehungen.

Da die ostdeutschen Quellen im Gegensatz zu den westdeutschen ohne 30-jährige Sperrfrist einsichtbar sind, spricht man hier von einer archivalischen Schiefele.¹⁰⁵ Der idH wurde auch während der Verhandlungen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1956/57 thematisiert. Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes gewährt Einsicht in Aktenbestände zu diesen Verhandlungen. Der Schalek-Untersuchungsausschuss hat den idH betreffendes Schriftgut der genannten ost- und westdeutschen Institutionen veröffentlicht. Besonders erwähnt werden sollten in diesem Zusammenhang auch die Unterla-

¹⁰⁵ Vgl. dazu Matthias Buchholz: Anmerkungen zur Problematik der »DDR-Archive«, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 383–390.

gen des Bundesnachrichtendienstes und des Bundeskanzleramtes, da sie ansonsten grundsätzlich für historische Forschungen nicht zur Verfügung stehen.

Verschiedene, z. T. gegnerische Institutionen aus der Bundesrepublik und der DDR¹⁰⁶ nahmen Einfluss auf den idH und hinterließen Schriftgut. Durch die Heranziehung konträrer Quellen ost- und westdeutscher Provenienz entsteht daher ein facettenreiches Bild der Aktivitäten verschiedener Akteure.

¹⁰⁶ Von konträren handelspolitischen Positionen sollte nicht nur mit Hinblick auf den Ost-West-Gegensatz gesprochen werden. Auch auf DDR-Seite versuchten verschiedene Institutionen auf die Gestaltung des innerdeutschen Handels Einfluss zu nehmen (Staatsbene-KoKo-MfS-Parteiene).

sind zum einen die eher sporadischen Ausgaben für Importe zur Verbesserung des Konsumgüterangebots der DDR-Bevölkerung zu nennen, zum anderen aber auch die Kosten, welche durch eine kontinuierliche Belieferung der SED-Elite mit Luxusgütern entstanden. Diese Handlungsweisen entzogen der Volkswirtschaft notwendige Finanzmittel für Investitionen. Außerdem verstießen sie gegen das von der SED-Politelite verkündete Prinzip der Gleichheit innerhalb der sozialistischen Gesellschaft.

Die finanzielle Unterstützung kommunistischer Gruppen im westlichen Ausland, wie z. B. die DKP, ging ebenfalls zu Lasten der ostdeutschen Devisenbestände. Der Import technologischer Güter für die NVA und das MfS, die zur Überwachung und Unterdrückung der DDR-Bevölkerung eingesetzt werden konnten, entzog der Volkswirtschaft zudem Finanzmittel, brachte jedoch keinen Nutzen für die Produktion.

Der Einfluss des Bereichs Kommerzielle Koordinierung auf den innerdeutschen Handel trug zum Verfall der DDR-Volkswirtschaft bei. Dies steigerte die Bedeutung des deutsch-deutschen Handels als eines ökonomischen und damit zugleich politischen Stabilitätsfaktors in der Ära Honecker. Der geschilderte Rückkopplungseffekt zeigte eine zunehmende Eigendynamik, wodurch der Einfluss von KoKo im Handel mit Westdeutschland weiter wuchs.

Jener Teufelskreislauf von wirtschaftlicher Schädigung und gesellschaftlicher Spaltung in Ostdeutschland bei gleichzeitiger kurzfristiger Herrschaftsstabilisierung und darauf folgendem erneutem sozio-ökonomischen Schaden durch weitere KoKo-Aktionen wurde erst durch den Zusammenbruch der SED-Diktatur beendet.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen, Bestände

- a) Auswärtiges Amt, Politisches Archiv
Abteilung 2, Bd. 917, 928, 929, 934
- b) Bundesarchiv Berlin (BArch Berlin)
 - Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
 - BArch Berlin, DL 2, Bd. 7
 - BArch Berlin, DL 2, Bd. 1378
 - BArch Berlin, DL 2, Bd. 1356
 - BArch Berlin, DL 2, Bd. 1862
 - BArch Berlin, DL 2, Bd. 3200
 - BArch Berlin, DL 2, Bd. 3211
 - BArch Berlin, DL 2, Bd. 3882
 - BArch Berlin, DL 2, Bd. 6380
 - BArch Berlin, DL 2, Bd. 6387
 - Vollkammer
 - BArch Berlin, DA 1, Bd. 483
 - Ministerrat
 - BArch Berlin, DC 20, I/3-1028
 - BArch Berlin, DC 20, I/4-403
 - BArch Berlin, DC 20, I/4-477
 - BArch Berlin, DC 20, I/4-510
 - BArch Berlin, DC 20, I/4-1703
 - BArch Berlin, DC 20, 4374
 - BArch Berlin, DC 20, 4460
 - BArch Berlin, DC 20, 4557
 - BArch Berlin, DC 20, 4567
 - BArch Berlin, DC 20, 4568

BArch Berlin, DC 20, 4592
BArch Berlin, DC 20, 4641

c) Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch)

Büro Günter Mittag

SAPMO-BArch/DY 30/IV A2/2.021/247
SAPMO-BArch/DY 30/IV A2/2.021/727
SAPMO-BArch/DY 30/42027/1
SAPMO-BArch/DY 30/42027/2
SAPMO-BArch/DY 30/42028
SAPMO-BArch/DY 30/42153
SAPMO-BArch/DY 30/42154
SAPMO-BArch/DY 30/42159
SAPMO-BArch/DY 30/42178

Büro Walter Ulbricht

SAPMO-BArch/DY 30/I IV 2/202/30
SAPMO-BArch/DY 30/I IV 2/202/31
SAPMO-BArch/DY 30/I IV 2/202/32
SAPMO-BArch/DY 30/I IV 2/202/129
SAPMO-BArch/DY 30/I IV 2/202/404
SAPMO-BArch/DY 30/I IV 2/202/405
SAPMO-BArch/DY 30/I IV 2/2A/802

d) Bundesarchiv Koblenz (BArch Koblenz)

Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands

BArch Koblenz, B 137 I, Bd. 569

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

BArch Koblenz, B 137, Bd. 2782

Bundeswirtschaftsministerium

BArch Koblenz, B 102, Bd. 5600
BArch Koblenz, B 102, Bd. 20904
BArch Koblenz, B 102, Bd. 20905
BArch Koblenz, B 102, Bd. 20906
BArch Koblenz, B 102, Bd. 20956
BArch Koblenz, B 102, Bd. 105970
BArch Koblenz, B 102, Bd. 105971
BArch Koblenz, B 102, Bd. 105973
BArch Koblenz, B 102, Bd. 105974

BArch Koblenz, B 102, Bd. 105975
BArch Koblenz, B 102, Bd. 105976
BArch Koblenz, B 102, Bd. 106008
BArch Koblenz, B 102, Bd. 108145
BArch Koblenz, B 102, Bd. 108149

Treuhandstelle für Industrie und Handel, ehemals Treuhandstelle für den Interzonenhandel

BArch Koblenz, B 356, Bd. 2

e) Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung

BStU, MfS AG BKK 32
BStU, MfS AG BKK 33
BStU, MfS AG BKK 34
BStU, MfS AG BKK 35
BStU, MfS AG BKK 2068
BStU, MfS AG BKK 2289
BStU, MfS AG BKK 11955

Büro der Leitung

BStU, MfS BDL, Dok. 7777
BStU, MfS BDL, Dok. 8508
BStU, MfS BDL, Dok. 8772

Hauptabteilung Spionageabwehr/Abwehr politischer und ökonomischer Spionage

BStU, MfS HA II/6, Nr. 1116

Absicherung der Volkswirtschaft

BStU, MfS HA XVIII, Nr. 12172

Gedruckte Quellen

Editionen, Dokumentationen und Zeitungen, Zeitschriften

Archiv der Gegenwart vom 08.02.1950/15.05.1959/22.05.1959/20.06.1959/15.07.1963.

Aus Politik und Zeitgeschehen 17 (1967)/40 (1982)/10 (1989)/51 (1989)/20 (1998).

Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 32 vom 15.02.1961.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 12 vom 24.11.1951.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 123 vom 03.07.1953.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 224 vom 30.11.1956.

- Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 182 vom 02. 10. 1958.
 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 83 vom 09.05. 1959.
 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 157 vom 14.12.1966, zit. nach Boris Meissner (Hrsg.): Die deutsche Ostpolitik. Dokumentation (Göttinger Arbeitskreis; Bd. 393), Köln 1970, S. 161–163.
 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 162 vom 29.12.1966, zit. nach Boris Meissner: Die deutsche Ostpolitik, S. 165–166.
 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 132 vom 29.10.1969, zit. nach Boris Meissner: Die deutsche Ostpolitik, S. 380–383.
 Bundesanzeiger Nr. 2 v. 27.09.1949/Nr. 8 v. 11.10.1949/Nr. 18 v. 03.11.1949/Nr. 241 v. 14.12.1950/Nr. 186 v. 26.09.1951/Nr. 247 v. 22.12.1960/Nr. 18 v. 26.01.1961.
 DDR-Handbuch, herausgegeben vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 2., völlig überarb. und erw. Aufl., Köln 1979.
 Der Spiegel, 42. Jg. Nr. 6 v. 02.02.1970.
 Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsgg. f. d. Bundesarchiv v. Hans Booms: Bd. 2: 1950. Bearb. v. Enders, Ulrich/Reiser, Konrad. Boppard a. Rh. 1984.
 Bd. 6: 1953. Bearb. v. Enders, Ulrich/Reiser, Konrad. Boppard a. Rh. 1989.
 Die Welt 02.05.1962/10.10.1962.
 »Direktive des VIII. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975«, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. II. Berlin (Ost) 1971.
 Dokumente der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des ZK sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IX, hrsg. vom ZK der SED. Eppelmann, Rainer u. a. (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- u. Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik (Studien zur Politik; Bd. 29), München u. a. 1996.
 Europa Archiv 3 (1948)/3 (1949)/18 (1963).
 Gemeinsames Kommuniqué über den offiziellen Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis 11. September 1987, Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen. Abmachungen und Erklärungen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 13. erw. Aufl., Bonn 1990, S. 451–459.
 Grabitz, Eberhard (Hrsg.): Kommentar zum EWG-Vertrag. Loschl.-Ausg. München 1984. Ausführungen zu Art. 227, Rdnr. 23 a.
 Handelsblatt vom 22.01.1973.
 Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 7. Aufl., Berlin 2004, hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

- Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
 Kinder, Hermann/Hilgemann, Werner: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Karten und chronologischer Abriss., Band II: Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, 8. Aufl., München 1973.
 Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium (im Auftrag des Ministeriums für Hoch- und Fachhochschulwesen der DDR von einem Herausgeberkollektiv herausgeg.): Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, 15. Aufl., Berlin (Ost) 1989.
 Lexikon der Wirtschaft – Wirtschaftsrecht, hrsg. von Gerhard Görner u. a., 1. Aufl., Berlin (Ost) 1978.
 Münch, Ingo von (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Bd. 1, 2. unveränd. Aufl., Stuttgart 1976.
 Materialien zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987: Deutscher Bundestag, Drucksache 11/11 vom 18.02.1987.
 Neuer Vorwärts 28 v. 10.07.1953.
 Neues Deutschland 16.01.1963/17.04.1967/14.12.1970.
 Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.05.1949.
 Programm und Statut der SED vom 22.05.1976 mit einem einleitenden Kommentar von Karl Wilhelm Fricke, Köln 1976.
 »Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands«, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED. Im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22.05.1976, Bd. II, Berlin (Ost) 1976.
 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (18. Januar 1963), in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des ZK sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IX, hrsg. vom ZK der SED, S. 171–274.
 Rede des Ministers für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann, am 20.05.1976 auf dem IX. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitags der SED. Im Palast der Republik in Berlin, 18. bis 22.05.1976, Bd. I, Berlin (Ost), S. 362.
 Rede des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt, Dr. Harkort, zum Thema »Wirtschaftspolitik und Außenpolitik« in der Evangelischen Akademie Loccum am 9. Dezember 1965 (Auszug), Auswärtiges Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats (Hrsg.): Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972, S. 555–559.
 Siegler, Heinrich von (Hrsg.): Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961. Hauptband I. Chronik der Ereignisse von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Aufkündigung des Viermächtestatus Berlins durch die UdSSR im November 1958, 2. erg. und erw. Aufl., Bonn – Wien – Zürich 1961.
 Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie F, Reihe 6, 1975.
 Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), Fachserie F, Reihe 6, Januar 1990.
 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik 1951–1990.

- Tägliche Rundschau vom 18.05.1949.
 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1974.
 Verhandlungen des Deutschen Bundestages 1949–1953, Stenogr. Berichte, Bd. 1 (13. Sitzung v. 21.10.1949).
 Verhandlungen des Deutschen Bundestages 1949–1953, Stenogr. Berichte, Bd. 30 (146. Sitzung v. 30.5.1956).
 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenogr. Berichte, Bd. 122 (121. Sitzung v. 13.10. 1982).
 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.
 Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EAG), Einheitliche Europäische Akte (gekürzte Ausgabe) (Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften), Luxemburg 1983, S. 111 ff.
 Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen. Abmachungen und Erklärungen, hrsg. vom Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Bonn 13. erw. Aufl., 1990, S. 21–44.
 Wörterbuch der Ökonomie-Sozialismus, hrsg. von Willi Ehlert u. a., erw. und überarbeitete Aufl., Berlin (Ost) 1969.

Untersuchungsausschüsse

- Bayerischer Landtag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/16598): Schlussbericht des Untersuchungsausschusses betreffend bayerische Bezüge der Tätigkeit des Bereichs »Kommerzielle Koordinierung« und Alexander Schalck-Golodkowski vom 6.7.1994.
 Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/3462): Erster Teilbericht mit einer Dokumentation zur Entstehungsgeschichte, Arbeitsweise, Organisationsstruktur und Entwicklung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel (MAH) der DDR mit seinem Leiter Dr. Alexander Schalck-Golodkowski vom 14.10.1992.
 Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/3920): Zweiter Teilbericht mit einer Darstellung der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Unternehmen vom 9.12.1992.
 Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/4500): Dritter Teilbericht über die Praktiken des Bereichs Kommerzielle Koordinierung bei der Beschaffung und Verwertung von Kunstgegenständen und Antiquitäten vom 3.3.1993.
 Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/4832): Ergänzung zum dritten Teilbericht vom 28.4.1993.
 Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/4970): Zweite Ergänzung zum dritten Teilbericht vom 12.5.1993.
 Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/7600): Bericht vom 27.5.1994.
 Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/7650): Erster abweichender Bericht der Berichterstatterin Andrea Lederer (PDS/Linke Liste) zum Abschlussbericht vom 27.5.1994.

- Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/8595): Ergänzendes Bericht des 1. Untersuchungsausschusses zu dem Bericht vom 2.11.1994.
 Landtag Mecklenburg-Vorpommern 1. Wahlperiode (Drucksache 1/4579): Bericht des 3. Untersuchungsausschusses zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit dem Kauf und dem Betrieb der Deponie Ihlenberg/Schönberg vom 24.06.1994.

Forschungs- und Memoirenliteratur

- Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004.
 Abelshauser, Werner: Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau, in: VfZ 37 (1989), S. 85–113.
 Adenauer, Konrad: Erinnerungen, Bd. 3 (1955–1959), Stuttgart 1967.
 Adler-Karlsson, Gunnar: Der Fehlschlag. Zwanzig Jahre Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West, Wien 1971.
 Ahrens, Ralf: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusanforschung; Bd. 15), Köln u. a. 2000.
 Ammer, Thomas: Politische Kontrakte Bundesrepublik – DDR im ersten Halbjahr 1989, in: DA 9 (1989), S. 1019–1027.
 Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961: »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.
 Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München – Wien 1993.
 Baar, Lothar/Karlisch, Rainer/Marschke, Werner: Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band II/2 Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 868 ff.
 Badstübner, Rolf/Thomas, Siegfried: Restauration und Spaltung, Entstehung und Entwicklung der BRD 1945 – 1955, Köln 1975.
 Baerens, Mathias/Arnsfeldt, Ulrich von: Die Müll-Connection. Entsorger und ihre Geschäfte (Becksche Reihe 491), München 1993.
 Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln – Frankfurt am Main 1977.
 Barthel, Horst: Die Umweltpolitik der DDR. Umweltrecht, Umweltbewusstsein, in: Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001, S. 213–225.
 Bender, Peter: Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Frankfurt/M. 1968.
 Bender, Peter: Neue Ospolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986.
 Benz, Wolfgang: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986.